

Richtlinie für die Erteilung von Sondernutzungen für Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum

Inhalt

1. Verkehrliche Konzeption / Präambel.....	3
2. Geltungsbereich	4
3. Gegenstand.....	4
4. Art und Weise der bedarfsorientierten Steuerung des Ausbaus der E-Ladeinfrastruktur....	4
5. Gebühren	5
6. Inbetriebnahme / Laufzeiten	6
7. Mindestanforderungen an Anbieter / Ladeinfrastruktur & zusätzliche Regelungen	6
8. Auswahl der Anbieter	8
9. Unterhaltung.....	8
10. Rückbau	9
11. Gestaltungsvorgaben	9
12. Erteilung der Sondernutzungserlaubnis, Nebenbestimmungen.....	10
13. Unwirksamwerden der Sondernutzungserlaubnis	11
Anlage A: Gestaltungsbeispiel zu Bodenmarkierung und Beschilderung	13

1. Verkehrliche Konzeption / Präambel

Die Stadt Langenfeld fördert den Ausbau einer nachhaltigen Mobilität, dazu gehören gemäß dem Mobilitätskonzept von 2021 auch die Förderung elektrischer Mobilität durch die Erhöhung des Angebots von Ladeinfrastruktur auf dem Stadtgebiet. Aus diesem Grund hat die Stadt Langenfeld ein Elektromobilitätskonzept mit dem Schwerpunkt Ladeinfrastruktur erarbeitet und im März 2023 beschlossen.

In einem Arbeitskreis mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung sowie Vertreterinnen und Vertretern der politischen Fraktionen wurde folgendes Leitbild für den Ausbau der Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum in Langenfeld herausgearbeitet und am 08.09.2022 im Bau- und Verkehrsausschuss beschlossen:

Die Stadt Langenfeld unterstützt und steuert einen nachhaltigen und bedarfsgerechten Ausbau der Ladeinfrastruktur.

Ziel ist der bedarfsgerechte Ausbau der Ladeinfrastruktur, um Schadstoff-, Lärm- und Treibhausgasemissionen aus dem Sektor Verkehr nachhaltig zu verringern.

Zu Beginn soll eine flächendeckende Grundversorgung mit Ladeinfrastruktur in allen Stadtteilen geschaffen werden, um den Bürgerinnen und Bürgern den Umstieg auf ein Elektrofahrzeug zu ermöglichen.

Bedarfsgerechter Ausbau der Ladeinfrastruktur

- Bei steigender Auslastung sollen die jeweiligen Standorte bedarfsgerecht ausgebaut werden. Dabei soll darauf geachtet werden, dass der Ausbau nicht hinter dem Bedarf zurückbleibt, jedoch auch kein Überangebot entsteht, um den elektrischen MIV nicht übermäßig zu fördern und gleichzeitig einen wirtschaftlichen Betrieb zu ermöglichen.

Geringe Beanspruchung des öffentlichen Raumes

- Etwa zwei Drittel des Ladebedarfes werden im privaten Raum, d. h. zu Hause oder beim Arbeitgeber gedeckt werden.
- Der öffentliche Raum ist ein knappes Gut und unterliegt einer hohen Flächenkonkurrenz. Nicht der gesamte öffentliche Ladebedarf der Elektrofahrzeuge muss im öffentlichen Raum gedeckt werden. Halböffentliche Flächen sollen deshalb den Schwerpunkt an öffentlich zugänglichen Ladeinfrastrukturstandorten bilden. Der Ausbau auf halböffentlichen Flächen (z. B. Einzelhandelsflächen) soll unterstützt und beim Ladeinfrastrukturausbau im öffentlichen Raum berücksichtigt werden.

2. Geltungsbereich

- 2.1 Die vorliegende Richtlinie gilt ausschließlich für die Erteilung von straßenrechtlichen Sondernutzungserlaubnissen zur Errichtung und zum Betrieb von E-Ladesäulen nebst erforderlichen Zuleitungen gemäß der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Langenfeld Rhld. (Sondernutzungssatzung) vom 17.07.1991 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30.12.2022 in Verbindung mit § 18 Abs. 1 StrWG NRW und § 8 Abs. 1 FStrG.
- 2.2 Keine Anwendung findet diese Richtlinie ferner auf E-Ladesäulen, die an Taxiständen errichtet werden und dem Aufladen von Taxen vorbehalten sind sowie auf E-Ladesäulen ausschließlich für den ÖPNV.

3. Gegenstand

- 3.1 Gegenstand dieser Richtlinie ist die nachhaltige, bedarfsgerechte Steuerung des Ausbaus der E-Ladeinfrastruktur im Stadtgebiet.
- 3.2 Zu diesem Zwecke wird künftig das im Rahmen der Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen zur Errichtung und zum Betrieb von E-Ladesäulen nebst erforderlichen Zuleitungen eröffnete straßenrechtliche Ermessen sowie das behördliche Verfahrensermessen der Stadt gemäß § 10 VwVfG NRW im Sinne größtmöglicher Chancengleichheit und Transparenz gemäß den vorliegenden Richtlinien ausgeübt.
- 3.3 Diese Richtlinie regelt die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen für E-Ladesäulen in den von der Stadt Langenfeld veröffentlichten Standortbündeln.

4. Art und Weise der bedarfsorientierten Steuerung des Ausbaus der E-Ladeinfrastruktur

- 4.1 Die Vergabe von Sondernutzungserlaubnissen erfolgt auf Basis vorgeprüfter Standortbündel wie folgt:
 - 4.1.1 In Stufen werden vorgeprüfte Standortbündel aus zentralen und weniger zentralen Standorten für einen jeweils begrenzten Zeitraum (mind. 8 Wochen) veröffentlicht.
 - 4.1.2 Der Antrag auf Sondernutzung kann nur für das gesamte Standortbündel gestellt werden. Anträge für einzelne Standorte werden nur bei Berücksichtigung der Vorgaben dieser Richtlinie im Übrigen geprüft.
 - 4.1.3 Die Stadt Langenfeld behält sich vor, die Standortbündel bei ausbleibenden Betreiberanfragen anzupassen, zu entkoppeln sowie in einer weiteren Stufe ggf. einzelne, nicht abgerufene, aber strategisch wichtige Standorte, für den Betrieb ergänzend zu veröffentlichen.

- 4.1.4 Die Betreiber müssen der Stadt halbjährlich Auslastungsdaten (Anzahl Ladevorgänge, abgegebene Strommenge, Belegungszeit) zur Verfügung stellen. Hierzu wird eine gesonderte Data Sharing-Vereinbarung geschlossen.
- 4.1.5 Erweiterung der Standorte:
- Ein Betreiber muss an einem Standort zu Beginn eine festgelegte Mindestanzahl an Ladepunkten errichten.
 - Bei Interesse kann der Betreiber weitere Sondernutzungserlaubnisse für diesen Standort beantragen, um maximal bis zur vorgegebenen Maximalanzahl weitere Ladepunkte zu errichten.
 - Besteht an einem Standort zu einem späteren Zeitpunkt weiterhin ein erhöhter Ladebedarf, kann die Stadt weitere Ladepunkte als neuen Standort in ein neues Los integrieren.
- 4.1.6 Um auf Bedarfsdeckung bzw. -lücken in bestimmten Stadtgebieten reagieren zu können, beobachtet und analysiert die Stadt Langenfeld (ggf. unter Zuhilfenahme eines GIS-Tools) die folgenden Daten:
- Entwicklung der Anzahl zugelassener E-Pkw
 - Ausbaustand der Ladeinfrastruktur im öffentlichen und halböffentlichen Raum
 - Prognostizierter Bedarf an Ladepunkten

5. Gebühren

Künftig betragen die Gebühren (Soweit die Gebühren unter die gesetzliche Umsatzsteuerpflicht fallen, gelten die Gebühren zuzüglich der gesetzlich geltenden Umsatzsteuer) nach der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen der Stadt Langenfeld Rhld. (Sondernutzungssatzung).:

	Tarif	Jahresgebühr
	Mobilität	
20. a)	bewirtschaftete Parkplätze pro Stellplatz	1.712,00 €
20. b)	unbewirtschaftete Parkplätze pro Stellplatz	214,00 €
20. c)	Pro Stellplatz aus den durch die Stadt Langenfeld im Rahmen des Elektromobilitätskonzeptes veröffentlichten Bündeln	100,00 €

- 5.1 Die Gebühren werden jährlich nach der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen der Stadt Langenfeld in der jeweils gültigen Fassung erhoben. Zum 31.12.2026 werden die Gebühren überprüft und ggf. angepasst.

6. Inbetriebnahme / Laufzeiten

- 6.1 Die Sondernutzungserlaubnis wird für acht Jahre erteilt, innerhalb derer die Verwaltung die Nutzung überwacht, evaluiert und erforderlichenfalls hinsichtlich der straßenrechtlichen Erfordernisse bei Auflagen, Anzahl und Angebot nachsteuert. Danach kann eine Verlängerung der Sondernutzung unter Beachtung der Regularien dieser Richtlinie in der dann gültigen Fassung beantragt werden oder es werden über das Auswahlverfahren neue Sondernutzungserlaubnisse erteilt. Scheiden Erlaubnisnehmer in der laufenden Genehmigungsdauer aus dem Markt aus, werden für die Restlaufzeit neue Sondernutzungserlaubnisse für die frei gewordene Standorte auf Antrag nach dem gleichen Auswahlverfahren erteilt.

7. Mindestanforderungen an Anbieter / Ladeinfrastruktur & zusätzliche Regelungen

7.1 Unterlagen zur Antragsstellung

7.1.1 Unterlagen zur Antragsstellung

- Angaben zum/zur Antragsteller*in
- Verweis auf Referenzprojekte (bereits betriebene Ladepunkte)
- Lageplan im Maßstab 1:250 mit exakter Standortdarstellung (mit Koordinaten), einschließlich der Lage der Anschlussleitungen
- Informationen über die geplanten Anlagen für alle Standorte im Bündel:
 - Art und Modell der Ladeeinrichtung, inkl. Abmessungen
 - Angaben zur Unterfahrbarkeit, falls barrierearme E-Ladesäulen zum Einsatz kommen
 - Anzahl der geplanten Ladepunkte pro Standort
 - Ladeleistung
- Gestaltungsmuster der E-Ladesäule (Branding der E-Ladesäule)
- Angaben zur Zeitplanung bis zur Inbetriebnahme
- Angaben zum Ladetarif
- Angaben zur Service-Einsatzzeit im Störfall und dem Leistungsumfang bei der Störungsbehebung

7.1.2 Von der Stadt Langenfeld zur Verfügung gestellte Unterlagen

- Tabelle mit Standorten und Bündeln
- Steckbriefe zu den Standorten mit Informationen über:
 - die Lage der E-Ladesäulen und zu nutzenden Parkflächen (Planskizze),
 - besondere Belange des Standortes, wie Denkmalschutz oder Barrierefreiheit

7.2 Anzahl und Verteilung der Ladesäulen

- Die Bündel werden pro Antragsrunde von der Stadt Langenfeld festgelegt. Es gibt keine Obergrenze an Bündeln pro Betreiber.

- Aufgrund der Gegebenheiten am Standort durch die Stadt Langenfeld individuell festgelegt werden:
 - Minimal-Anzahl an Ladepunkten
 - Maximalwert (u. a. aufgrund der Platzverfügbarkeit, anderer Nutzungen)

7.3 Ladeleistung

- Leistung pro Ladepunkt: mind. 11 kW

7.4 Auslastungsnachweis

7.4.1 Der Betreiber stellt der Stadt Langenfeld halbjährlich unentgeltlich folgende Daten für die einzelnen Ladepunkte zur Verfügung:

- Abgegebene Strommenge
- Anzahl der Ladevorgänge
- Belegungszeit
- Anzahl und Dauer von Ausfällen/Defekten

Hierzu wird eine gesonderte Data Sharing-Vereinbarung geschlossen.

7.5 Technische Vorgaben

- 7.5.1 Die Ladesäulenverordnung (LSV) legt für alle öffentlich zugänglichen Ladesäulen technische Mindestanforderungen fest (Authentifizierung, Abrechnung, etc.) und ist jeweils in der aktuellen Fassung zu beachten.
- 7.5.2 Die Vorgaben des Mess- und Eichrechts sind einzuhalten.
- 7.5.3 Zugänglichkeit der E-Ladesäulen: 24 h/7 Tage
- 7.5.4 Ein wirksamer und deutlich erkennbarer Anfahrerschutz ist mit der E-Ladesäule zu erstellen und Voraussetzung für den Betrieb. Der Anfahrerschutz kann in Abstimmung mit der Stadt in besonderen Fällen (z. B. Hochbordstein) entfallen.
- 7.5.5 Der Betreiber darf technische Lösungen einsetzen, um darauf hinzuwirken, dass möglichst nur während des Ladevorgangs geparkt wird und die maximale Standzeiten nicht überschritten werden.
- 7.5.6 Sicherung der Funktionsfähigkeit: Ladestandorte müssen mind. 90 % der Zeit (Bezugszeitraum: Ein Jahr) funktionsfähig sein, auf Nachfrage muss die Betreiberfirma jährlich einen Nachweis über die Ausfallzeiten erbringen.

7.6 Störungsbehebung

- 7.6.1 Der Betreiber muss durchgehende Erreichbarkeit (telefonisch oder per E-Mail) im Störfall und den Zugriff aus der Ferne (Remotefähigkeit) gewährleisten.
- 7.6.2 Störungsbehebung durch Service-Mitarbeiter vor Ort muss gewährleistet sein (werktags von 8–20 Uhr; Reaktionszeit in diesem Zeitraum max. 12 Zeitstunden).
- 7.6.3 Die Telefonnummer einer Hotline muss gut sichtbar auf der Ladesäule ausgewiesen sein

7.6.4 Leistungsumfang der Störungsbehebung (Second-Level-Support):

- Festlegung eines verantwortlichen Ansprechpartners
- Vor Ort: Funktionsprüfung, Fehleridentifikation, Schutzmaßnahme
- Schnellbehebung mit Standard-Hilfsmaterial oder Außerbetriebnahme zu Reparaturzwecken und Bereitstellen einer Interimslademöglichkeit

7.7 Die E-Ladesäule muss gemäß der aktuell gültigen Vorgaben roamingfähig sein.

7.8 Die E-Ladesäule darf ausschließlich mit zertifiziertem Ökostrom betrieben werden.

7.9 Die Bedienung der E-Ladesäule muss durch eine allgemein verständliche grafische Darstellung an der Ladesäule erklärt werden.

8. Auswahl der Anbieter

8.1 Die Auswahl erfolgt nach Veröffentlichung des Interesses der Stadt Langenfeld für die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen für die Standortbündel. Betreibende haben dann mindestens 8 Wochen Zeit, die Erteilung von Sondernutzungen für Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum zu beantragen. Einen Antrag kann jeder Betreiber von Ladeinfrastruktur stellen, der die Mindestanforderungen erfüllt.

8.2 Unter mehreren geeigneten Anbietern (Erfüllung der Mindestanforderungen nach Ziff. 8) erfolgt die Auswahl eines Anbieters auf Grundlage einer Bewertung entsprechend der folgenden Bewertungsmatrix.

Nr.	Kriterium	Ausprägung			
1.	Störungsbehebung durch Service-Mitarbeitende vor Ort werktags von 8-20 Uhr; Reaktionszeit für die Störungsbehebung in diesem Zeitraum:	6 - 8 Stunden 3 Punkte	8 - 12 Stunden 2 Punkte	10 - 12 Stunden 1 Punkt	max. 12 Stunden 0 Punkte
2.	Referenzen im Betrieb von Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum in einem Zeitraum von:	über 3 Jahren 3 Punkte	2 - 3 Jahre 2 Punkte	1 - 2 Jahre 1 Punkte	1 Jahr 0 Punkte
3.	Ladetarif mit Eignung für Übernachten zwischen 22:00 und 06:00 Uhr ohne Blockiergebühr	keine Blockiergebühr über Nacht 3 Punkte			Blockiergebühr über Nacht 0 Punkte

8.3 Liegen nach Auswertung der Bewertungsmatrix noch immer mehrere Anbieter gleichauf, so entscheidet das Zufallslos.

9. Unterhaltung

9.1 Alle anfallenden Unterhaltungsleistungen (auch Reinigung, Winterdienst) sind Sache des Betreibers.

10. Rückbau

- 10.1 Für den Fall der Aufgabe eines Standortes verpflichtet sich der aktuelle Betreiber zu einem kompletten Rückbau (Ladesäule inkl. Fundament, Markierungen und Beschilderung inkl. Fundamente, Wiederherstellung der Oberfläche).
- 10.2 Nach Ablauf der Sondernutzungserlaubnis muss der Rückbau innerhalb von 3 Monaten erfolgt sein.
- 10.3 Die Kosten für den Rückbau trägt der Betreiber.

11. Gestaltungsvorgaben

- 11.1 Gemäß Ziff. 8.1 ist ein Gestaltungsmuster anzufertigen und einzureichen.
- 11.2 Die E-Ladesäulen sollen so gestaltet sein, dass sie sich zum einen in das Stadt- und Straßenbild einordnen und zum anderen als E-Ladesäule gut erkennbar sind.
- 11.3 Die E-Ladesäulen sollen folgende Maße möglichst nicht überschreiten:
H 180 cm / B 50 cm / T 50 cm.
- 11.4 Standorte, die den höheren Anforderungen des Denkmalschutzes unterliegen, werden von der Stadt als solche gekennzeichnet.
- 11.5 Die Nutzung der E-Ladesäulen als Werbefläche, insbesondere für dritte, ist nicht gestattet.
- 11.6 Für Bereiche des Denkmalschutzes ist ein separates Gestaltungsmuster zu erstellen. Die für die Gestaltung an diesem Standort notwendigen Gestaltungsaspekte werden mit der unteren Denkmalbehörde der Stadt Langenfeld abgestimmt und müssen beachtet werden.
- 11.7 Die Ladesäulen und die jeweils dazugehörigen Stellplätze sind vom Antragsteller zu beschildern und zu markieren. Die Beschilderungen und Bodenmarkierungen sind vom Antragsteller auf seine Kosten gemäß der zum Zeitpunkt der Umsetzung gültigen Regularien und Vorschriften und in Absprache mit dem Referat Umwelt, Verkehr, Tiefbau der Stadt Langenfeld herzustellen und zu betreiben.
- 11.8. Die Anordnung von Parkraumbewirtschaftung und Parkraumregulierungen erfolgen unabhängig vom Sondernutzungsnehmer und werden von der Stadt als örtlicher Ordnungsbehörde im Rahmen der Verkehrsüberwachung überwacht und Verstöße ggf. geahndet.
- 11.9 Auf bewirtschafteten Parkplätzen soll sich die ausgeschilderte Parkdauer in der Regel an der für diesen Ort festgeschriebenen Höchstparkdauer orientieren.

12. Erteilung der Sondernutzungserlaubnis, Nebenbestimmungen

- 12.1 Die Genehmigung der Sondernutzungserlaubnis erfolgt jeweils gesammelt für alle Standorte eines Bündels und wird schriftlich erteilt.
- 12.2 Von der Erlaubnis darf nur im genehmigten Umfang und erst Gebrauch gemacht werden, wenn sie in allen Teilen unanfechtbar geworden ist, also die Rechtsbehelfsfrist abgelaufen ist. Zur Beschleunigung kann der Erlaubnisnehmer auf die Einlegung eines Rechtsbehelfs verzichten. Mit der Inanspruchnahme der Erlaubnis erklärt der Erlaubnisnehmer den Rechtsmittelverzicht.
- 12.3 Die Erlaubnis gilt nur für den Erlaubnisnehmer und darf ohne die Zustimmung der Stadt nicht übertragen werden.
- 12.4 Die Sondernutzungserlaubnis wird auf acht Jahre befristet. Die Frist beginnt am 01.01. des auf die Erteilung der Erlaubnis folgenden Jahres und endet am 31.12. des achten auf die Erteilung der Erlaubnis folgenden Jahres. Dritten steht kein Anspruch auf Widerruf der Erlaubnis zu.
- 12.5 Beginnt der Adressat der Erlaubnis nicht innerhalb von 6 Monaten nach Unanfechtbarkeit (Ziffer 12.2) mit der Errichtung der E-Ladesäule, wird die Erlaubnis unwirksam (auflösende Bedingung). Das Gleiche gilt, wenn die E-Ladesäule nicht innerhalb von 9 Monaten nach Unanfechtbarkeit in Betrieb genommen wird. Eine Verlängerung dieser Frist kann in begründeten Einzelfällen durch die Stadt Langenfeld erteilt werden (bspw. wegen Materialknappheit).
- 12.6 Darüber hinaus darf die Sondernutzung nur unter den nachstehenden Bedingungen und Auflagen ausgeübt werden:
 - 12.6.1 Der Erlaubnisnehmer hat dafür zu sorgen, dass im Rahmen der Ausübung der Sondernutzung Verkehrsgefährdungen jederzeit ausgeschlossen sind und keine vermeidbaren Beeinträchtigungen oder Behinderungen eintreten. Dazu ist auf Höhe der Ladesäule die für den Standort vorgegebene Restgehwegbreite jederzeit freizuhalten. Verkehrseinrichtungen und Beschilderungen dürfen in ihrer Wirkung nicht beeinträchtigt werden.
 - 12.6.2 Vor Beginn von Baumaßnahmen hat sich der Erlaubnisnehmer zu erkundigen, ob im Bereich der zu errichtenden Ladesäule Kabel, Versorgungsleitungen und dergleichen verlegt sind. Er hat mit den Versorgungsunternehmen (zum Beispiel Westnetz, Stadtwerke Langenfeld, Telekom, Feuerwehr, Referat Umwelt, Verkehr, Tiefbau der Stadt Langenfeld usw.) Verbindung aufzunehmen, um in Abstimmung mit diesen auf eigene Kosten Maßnahmen zum Schutz der Kabel und Versorgungsleitungen treffen zu können.
 - 12.6.3 Die Ladesäule darf ohne vorherige Zustimmung der Stadt nicht verändert werden. Auf Verlangen der Stadt hat der Erlaubnisnehmer die Ladesäule auf seine Kosten zu ändern. Das Anbringen von Fremdwerbung ist nicht zulässig.
 - 12.6.4 Die Ladesäule ist durch den Erlaubnisnehmer nach den jeweils bestehenden gesetzlichen Vorschriften und den anerkannten Regeln der Technik zu errichten, zu unterhalten, zu sichern und zu betreiben. Die Regelungen der Verordnung über technische Mindestanforderungen an den sicheren und interoperablen Aufbau und Betrieb von öffentlich zugänglichen Ladepunkten für Elektromobile (Ladesäulenverordnung) sowie die einschlägigen Regelungen des

Energiewirtschaftsgesetzes, jeweils in der aktuell gültigen Fassung, sind anzuwenden. Insbesondere ist die Interoperabilität der E-Ladesäulen mit den gängigen Ladeverfahren sicherzustellen. Bei der Errichtung der Anlage ist die DIN VDE 0100-722 zu berücksichtigen.

- 12.6.5 Verschmutzungen der Anlage (zum Beispiel durch Graffiti oder Werbeplakate) sind unverzüglich und ohne besondere Aufforderung zu beseitigen.
- 12.6.6 Die Stadt Langenfeld behält sich einen befristeten Widerruf bzw. eine vorübergehende Aussetzung des Sondernutzungsrechts vor. Dies gilt insbesondere für Situationen, in denen die genutzten Flächen zur Einrichtung einer Baustelle oder für andere vorübergehend erforderliche Nutzungen benötigt werden. Beginn und Dauer etwaiger Maßnahmen, die zum befristeten Widerruf bzw. zur vorübergehenden Aussetzung des Sondernutzungsrechts führen, werden dem Erlaubnisnehmer jeweils mitgeteilt. Ziffer 12.6.10 ist anzuwenden.
- 12.6.7 Alle Maßnahmen und Aufwendungen sowie die damit verbundenen Kosten und erforderlichen Unterhaltungsmaßnahmen, die sich aus der Inanspruchnahme von Fördermitteln durch den Erlaubnisnehmer ergeben, sind von diesem allein zu tragen; eine Kostenerstattung durch die Stadt erfolgt nicht.
- 12.6.8 Alle im Zusammenhang mit der Ausübung der Sondernutzung, insbesondere aufgrund der Errichtung der E-Ladesäule sowie der erforderlichen Zuleitungen, sich ergebenden Mehraufwendungen für die Unterhaltung der betroffenen Straßenflächen und etwaige Schäden daran hat der Erlaubnisnehmer der Stadt Langenfeld zu ersetzen. Sollte durch die Ausübung der Sondernutzung eine Beschädigung an der Straßenfläche eintreten, so ist der Schaden im Einvernehmen mit dem Referat Umwelt, Verkehr, Tiefbau der Stadt Langenfeld unverzüglich auf Kosten des Erlaubnisnehmers wieder zu beseitigen.
- 12.6.9 Alle im Zusammenhang mit der Ausübung der Sondernutzung, insbesondere aufgrund der Errichtung der E-Ladesäule sowie der erforderlichen Zuleitungen, sich ergebenden Mehraufwendungen für die Unterhaltung der betroffenen Straßenflächen und etwaige Schäden daran hat der Erlaubnisnehmer der Stadt Langenfeld zu ersetzen.
- 12.6.10 Im Falle des Widerrufs der Sondernutzungserlaubnis sowie bei Störung oder Wegfall der Nutzungsmöglichkeit der betroffenen Straßenfläche besteht kein Ersatzanspruch gegen die Stadt.

13. Unwirksamwerden der Sondernutzungserlaubnis

- 13.1 Wird eine erteilte Sondernutzungserlaubnis zur Errichtung und zum Betrieb einer E-Ladesäule nebst erforderlichen Zuleitungen durch Zeitablauf, Widerruf, Verzicht oder auf sonstige Weise unwirksam, kann die Stadt vorbehaltlich des fortbestehenden Bedarfs je unwirksam gewordener Sondernutzungserlaubnis den Standort in der nächsten Runde einem Los zuordnen und erneut vergeben.
- 13.2 Die Sondernutzungserlaubnis wird für ein Bündel erteilt. Ein Widerruf gilt ebenfalls für das gesamte Bündel.
- 13.3 Kann Ladeinfrastruktur trotz sorgfältiger Vorprüfung durch die Stadt Langenfeld an einem Standort nicht mehr weiter betrieben werden, wird dem Betreiber durch die Stadt

Langenfeld ein alternativer Standort für den restlichen Genehmigungszeitraum bereitgestellt.

Anlagen:

Anlage A: Gestaltungsbeispiel zu Bodenmarkierung und Beschilderung

Herausgeber:

Stadt Langenfeld Rhld.

Der Bürgermeister

Referat Umwelt, Tiefbau, Verkehr

Konrad-Adenauer-Platz 1

40764 Langenfeld

Kontakt:

E-Mail: klimaschutz@langenfeld.de

Stand: 30.08.2023

Anlage A: Gestaltungsbeispiel zu Bodenmarkierung und Beschilderung

